

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JEMEN

Maritime Schutzmission

Die anhaltenden Spannungen im Jemen und die Bedrohung der Schifffahrt im Roten Meer haben zu einer verstärkten Diskussion über mögliche Beteiligungen an der internationalen Militärimission «Operation Prosperity Guardian» geführt. Diese maritime Mission, die von den USA im Dezember gestartet worden ist, hat das Ziel, Handelsschiffe im Golf von Aden vor den jüngsten Angriffen mittels Drohnen und Raketen durch die jemenitischen Huthis zu schützen. Die Huthis sind eine von Iran unterstützte Rebellengruppe, die einen Teil des Territoriums im Jemen kontrolliert. Deutschland beispielsweise, bisher nicht Teil der Mission, prüft deshalb eine Beteiligung mit seiner Bundeswehr. In Berlin sieht man sich mit steigendem Druck konfrontiert, ein solches Engagement aufzubauen, zeigt sich aber unschlüssig. Es gibt diverse diplomatische und sicherheitspolitische Bedenken, vor allem aber innenpolitischen Druck, der dagegen spricht. Hervorzuheben ist aber auch, dass das Kanzleramt abwarten möchte, ob die Europäische Union eine eigene Schutzmission auf die Beine stellt. Unterdessen haben sich nämlich einige EU-Länder klar von der US-Operation gegen die Huthi-Rebellen im Jemen distanziert. Zum einen möchten diese Länder keine militärischen Konfrontationen und betonen die Notwendigkeit einer politischen Lösung für den Konflikt im Jemen. Sie befürchten zudem, dass eine Escalation den regionalen Frieden gefährden könnte. Ein weiterer Grund für die Distanzierung ist die bereits seit Langem bestehende Uneinigkeit innerhalb der EU in Bezug auf die



In Szene gesetzter Überfall auf die «Galaxy Leader». Bild: Houthi Press Service

gemeinsame Außenpolitik. Die Zukunft der Handelsschifffahrt auf einer der wichtigsten Meeresstrassen wird somit weiterhin von Partikularinteressen gegen die bedrohlichen Absichten des Irans mit seinem Proxy in Jemen geprägt sein. Denn der Schutz der Seewege im Roten Meer ist von grosser Bedeutung, da dieser eine wichtige Verbindung zwischen dem Suezkanal und dem Indischen Ozean darstellt und einen erheblichen Anteil des weltweiten Handelsverkehrs abwickelt. Angriffe wie Mitte Januar auf Öltanker hätten verheerende Auswirkungen auf die globale Wirtschaft. Die «Operation Prosperity Guardian» wurde deshalb bereits letzten Dezember ins Leben gerufen, um den Schutz von Handelsschiffen vor den Huthi-Rebellen zu gewährleisten. Per Ende 2023 beteiligten sich die USA, das Vereinigte Königreich, Australien, Bahrain, Kanada, Dänemark, Griechenland, die Niederlande und Norwegen an der Mission. Auslöser war die filmreife Kaperung eines israelischen Handelsschiffs mit Helikoptern. Die Rebellen, die unterdessen die Piraten des letzten Jahrzehnts ersetzen, haben nun im Vergleich zur Vergangenheit Zugang zu fortgeschrittenlicher Technologie, wie zum Beispiel Drohnen anstelle von Schnellbooten. Immerhin können teure Raketen diese vergleichsweise kostengünstigen Geräte effizient zerstören. Das bedeutet aber auch, dass die Wirksamkeit der Präventions-

massnahmen generell nicht im Verhältnis zu den Kosten steht. Der Mangel an Rekruten in der britischen Royal Navy hat beispielsweise dazu geführt, dass zwei Kriegsschiffe ausser Dienst gestellt werden mussten, um ihre neuen Typ-26-Fregatten, die vor der Küste des Jemens zum Einsatz kommen, besetzen zu können. Da derzeit nicht alle Reedereien den Schutz beanspruchen, ist es ungewiss, was als Nächstes passieren wird. Eine schnelle Lösung scheint aber unwahrscheinlich, wie das US-britische Bombardement gegen die Huthis jüngst zeigte. Die Frage ist deshalb, ob dieser Einsatz langfristig finanziell tragbar ist, vor allem wenn Politiker argumentieren können, dass grosse Handelsunternehmen den teuren Schutz nicht ausnutzen. Letztendlich stellt sich aber auch die Frage nach dem übergeordneten Ziel der jemenitischen Störaktionen und der damit verbundenen Absicht des Irans. Der Chef der islamischen Revolutionsgarde, Hossein Salami, stellte klar: «Wir werden jedes Schiff versenken können, das sich uns im Golf von Aden entgegenstellt.» Für ihn sei zudem sicher, dass die 27 Kilometer breite Meerenge Bab al-Mandab zum Friedhof westlicher Kriegsschiffe werde. Und Mohammad Reza Naqdi, ein ranghoher Offizier der islamischen Revolutionsgarde, doppelte unlängst nach und erklärte, dass der Iran gewillt sei, notfalls auch das Mittelmeer an der Strasse von Gibraltar abzuriegeln. pk

POLEN

Die territoriale Verteidigung wird in die Armee integriert

Das polnische Verteidigungsministerium skizziert seine Prioritäten und den Verteidigungshaushalt für 2024: Erhöhung der Truppenstärke, vollständige operative Bereitschaft der Territorialverteidigungskomponente, Stärkung der Cyberkräfte, Verstärkung von Einheiten im östlichen und nördlichen Polen sowie die Schaffung geeigneter Bedingungen für die dauerhafte Präsenz der US-Truppen im Land. Der Verteidigungshaushalt für 2024 beträgt 118,14 Milliarden PLN (rund 25 Mrd. CHF), was 3,1 Prozent des erwarteten BIP entspricht. Mit eingeschlossenem Armed Forces Support Fund (der polnischen Wehranleihe) könnte der Verteidigungsetat 159 Milliarden PLN erreichen, was sogar 4,2 Prozent des BIP entspricht. Ein Teil des Budgets, 4,8 Milliarden PLN, ist für das Langzeitprogramm «Ausstattung der polnischen Streitkräfte mit Hauptkampfpanzern» vorgesehen. Personalausgaben machen 18,6 Prozent des Verteidigungshaushalts aus, wobei insbesondere Zulagen für Soldaten, militärische Geheimdienst- und Spionageabwehrangehörige sowie allgemeine Mitarbeitervergütungen um 20 Prozent steigen, während für das Ausbildungspersonal eine Steigerung von 30 Prozent erwartet wird. Über 157 000 Personen haben derzeit Anspruch auf militärische Renten, was umgerechnet knapp 2,5 Mrd. CHF entspricht. Nach den Angaben des Verteidigungsministeriums unter der neuen Regierung Tusk wird der Schwerpunkt für das Jahr 2024 auf der Schaffung einer grossen und effektiven Armee liegen. Dabei soll insbesondere die territoriale



Polen zeigt Stärke. Bild: president.pl

Verteidigungskomponente gestärkt werden, um das Land vor möglichen Bedrohungen zu schützen. Die territoriale Verteidigung, aktuell noch direkt dem Verteidigungsminister unterstellt, soll bald in die reguläre Armee integriert werden. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit Polens und wird daher weiter ausgebaut. Ein grosser Teil des Verteidigungshaushalts für das Jahr 2024 wird für die Modernisierung der Ausrüstung und die Beschaffung neuer Technologien verwendet. Dadurch soll die polnische Armee die Widerstandsfähigkeit und Kampffähigkeit stärken und sich an die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen anpassen können. Insbesondere sollen die Panzerflotte und die Luftverteidigungssysteme modernisiert werden, um die Fähigkeiten der Streitkräfte weiter zu verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Ausbildung der Soldaten und der Steigerung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Polen plant, die Zusammenarbeit mit NATO-Partnern und anderen Alliierten auszubauen, um die Kompatibilität und Interoperabilität der Streitkräfte zu fördern. Dies wird es Polen ermöglichen, im Bedarfsfall schnell und effektiv auf regionale oder globale Sicherheitsbedrohungen zu reagieren. Darüber hinaus betont das Verteidigungsministerium die Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen

EU-Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Verteidigung. Polen setzt sich deshalb dafür ein, dass eine starke europäische Verteidigungsfähigkeit geschaffen wird, um die Sicherheit der gesamten EU zu gewährleisten. Einen ersten Dämpfer erhielten diese Bestrebungen Anfang Jahr, als der neue Premierminister Donald Tusk ein Problem mit dem von Seoul erwarteten Kredit für den Kauf südkoreanischer Waffen im Wert von Milliarden von Dollars entdeckte, das während einer Überprüfung der Rüstungskäufe der vorherigen Regierung entstand. Diese hat mehrere Abkommen für den Kauf von 50 leichten Angriffsflugzeugen, K9-Haubitzen, K2-Kampfpanzern und K239-Chunmoo-Mehrach-Raketenwerfern abgeschlossen. Die Finanzierung ist aktuell jedoch nicht gesichert. Ob es an den Abmachungen des vorherigen Verteidigungsministers Błaszczyk oder den Koreanern liegt, wollte Tusk nicht kommentieren. Er meinte lediglich, dass alles akribisch geprüft werde und vor allem auch die heimische Produktion berücksichtigt werden sollte. Der neue Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz setzte die Aussage des Premiers in den richtigen Kontext: «Wir wollen hier keine Revolution machen. Wir prüfen alle Arten von Verträgen, werden über die Erhöhung der Produktionskapazitäten in Polen sprechen, damit mindestens 50 Prozent der Rüstungsausgaben in polnischen Werken verbleiben.» pk

NATO

Zuversichtlicher Generalsekretär

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Türkei hat Ende Dezember grünes Licht für Schwedens NATO-Mitgliedschaftsantrag gegeben. Schweden, das parallel zu Finnland – mittlerweile NATO-Mitglied – seinen Antrag einreichte, erhielt von allen Mitgliedsländern bis auf die Türkei und Ungarn schnell Zustimmung. Die Türkei, die ihre Genehmigung lange zurückhielt, verband diese schliesslich mit dem Wunsch nach F-16-Kampfflugzeugen aus den USA. Im Oktober 2021 beantragte sie den Kauf von 70 Kampfflugzeugen und 79 Modernisierungskits. Erst im Januar 2023 unterrichtete die Biden-Regierung den Kongress formlos über den Verkauf, woraufhin ein gestaffeltes Prüfverfahren eingeleitet wurde, um Verhandlungen aufzunehmen. Einflussreiche Kongressmitglieder verknüpften den F-16-Verkauf an die Türkei mit den NATO-Anträgen Schwedens und Finlands. Während das türkische Parlament bis zum 16. Januar pausierte, hofft man in der Türkei, dass die Genehmigung für Schwedens NATO-Beitritt und der F-16-Verkauf nahezu gleichzeitig erfolgen werden. Dies ergab eine Absprache zwis-

schen den Präsidenten Erdogan und Biden. US-Aussenminister Anthony Blinken bestätigte Anfang des Jahres diese positiven Entwicklungen dem türkischen Präsidenten. Ob der F-16-Deal jedoch zustande kommt, bleibt ungewiss. Da sich die USA derzeit mit dem F-35-Programm hauptsächlich auf Griechenland konzentrieren, könnte die Türkei in Sachen Kampffjets eine nachrangige Rolle spielen. Hierbei ist vor allem die Entfernung der Türkei aus dem F-35-Programm durch Ex-Präsident Trump relevant. Damals entschied sich die Türkei für den Kauf russischer S-400-Flugabwehrsysteme, was zu scharfen Reaktionen der USA führte. Letztlich zielt die Türkei auch darauf ab, dass die USA die kurdischen Milizen entlang der syrischen Grenze unterstützen, was sie als inakzeptabel betrachtet. Deshalb ergriff Schweden auf Wunsch der Türkei Massnahmen gegen kurdische Gruppen, woraufhin Erdogan im Juli seine Einwände zurückzog und auf die noch ausstehende Parlamentsentscheidung verwies. Die Entscheidung des Ausschusses ebnet den Weg für eine Abstimmung im gesamten Parlament, in dem Erdogans Allianz die Mehrheit hat. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg begrüsste die Entscheidung und drängte auf eine schnelle Ratifizierung durch die Türkei und Ungarn. Er rechnet damit, dass Schweden bis Juni dieses Jahres NATO-Mitglied wird. pk



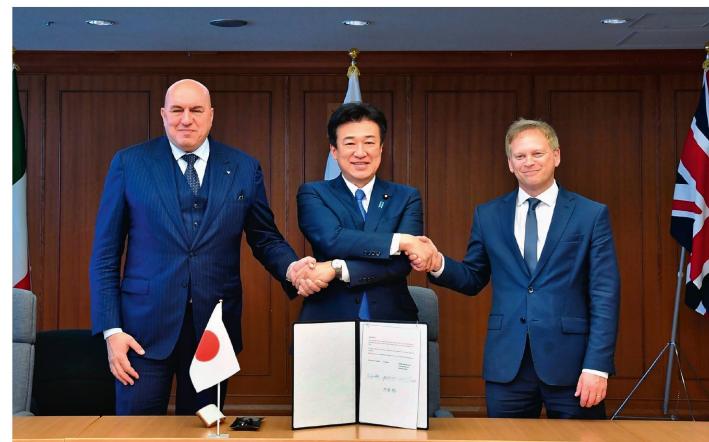
US-Aussenminister Anthony Blinken sprach mit dem türkischen Präsidenten Erdogan. Bild: Turkish Presidency

ITALIEN

Weichenstellung in der Rüstungsindustrie

Das italienische Verteidigungs- und Luftfahrtunternehmen Leonardo und das französisch-deutsche Konsortium KMW+Nexter Defence Systems (KNDS) haben kürzlich Pläne für eine «strategische Allianz» zur Entwicklung einer neuen Generation von Panzern bekannt gegeben. Die Zusammenarbeit zielt darauf ab, eine europäische Verteidigungsgruppe zu schaffen und die Kooperation im Bereich landgestützter Elektronik zu intensivieren. Der Fokus dieser Partnerschaft wird auf der Entwicklung fortschrittlicher gepanzerter Fahrzeugplattformen liegen, einschließlich des Main Ground Combat Systems (MGCS). Es wird erwartet, dass Italien etwa 20 Prozent an einem Joint Venture für die neuen europäischen Panzer haben wird. Die beteiligten Unternehmen haben sich dazu verpflichtet, gemeinsam Panzer für die italienische Armee zu entwickeln, herzustellen und zu warten, basierend auf dem aktuellen deutschen Leopard-2-Modell. Es geht dabei

um Rüstungsverträge im Wert von fast 50 Milliarden Euro und die Einrichtung eines neuen Produktionsstandorts für Leopard-Panzer in Italien. Leonardo und KNDS bekräftigen ihr Ziel, die Produktions- und Entwicklungsmöglichkeiten in Italien für zukünftige europäische und Exportprojekte zu stärken. Der CEO von Leonardo, Roberto Cingolani, hatte zuvor den Fokus des Unternehmens auf europäische Allianzen und die Schaffung regionaler Giganten betont. Er deutete auf fortgeschrittene Gespräche hin, um am deutschen Leopard-Panzerprogramm teilzunehmen. Seitens des italienischen Verteidigungsministeriums ist jedoch noch kein offizielles Statement verfügbar. Auch für die Luftkampfführung plant Italien Grosses. Zusammen haben die Verteidigungsminister Grant Shapps (UK), Guido Crosetto (Ita) und Minoru Kihara (Jap) eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die gemeinsame Entwicklung eines fortschrittlichen Kampfjets zu gründen und die Bemühungen der jeweiligen Länder angesichts zunehmender Bedrohungen durch China, Russland und Nordkorea zu bündeln. Diese Initiative vereint Japans Projekt Mitsubishi F-X und Grossbritanniens Pro-



Trilaterale Absichtserklärung für einen neuen Kampfjet.

Bild: Japanisches Außenministerium

jekt Tempest zu einem gemeinsamen Plan mit dem Ziel, das neue Kampfflugzeug bis 2035 in Dienst zu stellen. Japan verstärkt aktiv seine militärischen Fähigkeiten, um sich gegen das Selbstbewusstsein Chinas zu verteidigen und Großbritannien eine bedeutendere Rolle in der Indopazifik-Region zu bieten. Der japanische Verteidigungsminister Minoru Kihara betonte die gemeinsame Entwicklung eines Hochleistungsjägers als entscheidend für die Sicherung der Luftherrschaft und die wirksame Abschreckung in Japans zunehmend herausforderndem Sicherheitsumfeld. Kihara meinte denn auch: «Einzelne Nationen allein können moderne Sicher-

heitsherausforderungen nicht mehr bewältigen. Und genauso erfordern gemeinsame Risiken in Technologie und Finanzierung eine gemeinsame Herangehensweise.» Das trilaterale «Global Combat Air Program» etabliert dazu eine internationale Regierungsorganisation, die ein Joint Venture im privaten Sektor mit Beteiligung von Mitsubishi Heavy, BAE Systems PLC und Leonardo verwaltet. Der Hauptsitz des Konsortiums soll in Großbritannien liegen, unter Leitung eines japanischen Vertreters. Italien wird das Unterfangen überwachen und Verantwortlichkeiten verteilen, einschließlich der Entwicklung von Triebwerken und Avionik. *pk*

CHINA

Kampf der Korruption

Präsident Xi greift durch. Die grösste Streitkraft der Welt, die chinesische Volksbefreiungsarmee, erfuhr zu Jahresbeginn eine regelrechte Säuberung. So vollzog am 29. Dezember die chinesische Regierung einen bedeutenden Wechsel in ihrer Militärführung. Admiral Dong Jun wurde zum neuen Verteidigungsminister ernannt. Dong Jun war davor Kommandeur der

chinesischen Marine. Gleichzeitig wurden neun ranghohe Offiziere aus ihren Ämtern im Nationalen Volkskongress entfernt. Ihnen drohen Prozesse vor Militärgericht. Grund dürfte ein umfangreicher Korruptionsskandal in den chinesischen Streitkräften sein, bei welchem auch Li Shangfu, der ehemalige Verteidigungsminister, eine wesentliche Rolle spielte. Shangfu verschwand letzten Oktober für zwei Monate und kehrte nicht mehr in sein Amt zurück. Die Ernennung Dong Juns ist bemerkenswert, da er der erste Marineoffizier

ist, der diese Position bekleidet. Er hat zudem in seiner gesamten Karriere wenig mit den Korruptionsskandalen in

der Raketenstreitkraft (PLARF) und der Strategischen Unterstützungsstreitkraft (PLASSF) zu tun. In diesem Zusammen-



Beförderungszeremonie in Peking – Xi Jinping hat sein Militär im Griff.

Bild: Xinhua

hang wurden nämlich weitere 40 Beamte, einschliesslich Militärmitglieder, im Rahmen einer Anti-Korruptionskampagne verhaftet. Spekulationen über Unterschlagung und Spionage sind im Umlauf, wobei beispielsweise gemutmasst wird, dass der Sohn eines ehemaligen Raketenstreitkräftekommandeurs Regierungsgeheimnisse an die Vereinigten Staaten weitergegeben hätte. Die Ernennungen und Entlassungen in der PLARF und PLASSF im Zuge dieses Skandals scheinen auch von politischer Natur zu sein, da Präsident Xi auf loyale und erfahrene Militärmachteure setzt, um seine politischen und strategischen Ziele zu unterstützen. Deshalb dürften diese Massnahmen weniger auf tatsächliche Korruptionsvorwürfe, sondern vielmehr auf die Sicherung der Treue gegenüber Xi und der Unterstützung seiner aggressiven Außenpolitik ausgerichtet sein. China will bis 2024 seine offensiven Erstschlagfähigkeiten voll ausgebaut sehen. Diese Umstrukturierungen sind darum auch als Teil einer breiteren Neuausrichtung der chinesischen Militärstrategie zu betrachten, die sich insbesondere auf die Entwicklung der sogenannten «nuklearen Triade» konzentriert. Diese ermöglicht den Einsatz von nuklearen Waffen aus der Luft, vom Meer und vom Land. Hintergrund ist aber auch die grundsätzliche Unzufriedenheit des chinesischen Präsidenten Xi mit den Technokraten in seiner Regierung. Sein erklärtes Ziel ist es, aggressive Kommandeure zu fördern, die seine Ambitionen im Indopazifik verwirklichen können. Insgesamt spiegeln diese Veränderungen die strategische Ausrichtung und Vision wider, die Xi für seine Regierung wünscht, mit Betonung auf politischer Loyalität und militärischer Kommandoerfahrung. *pk*

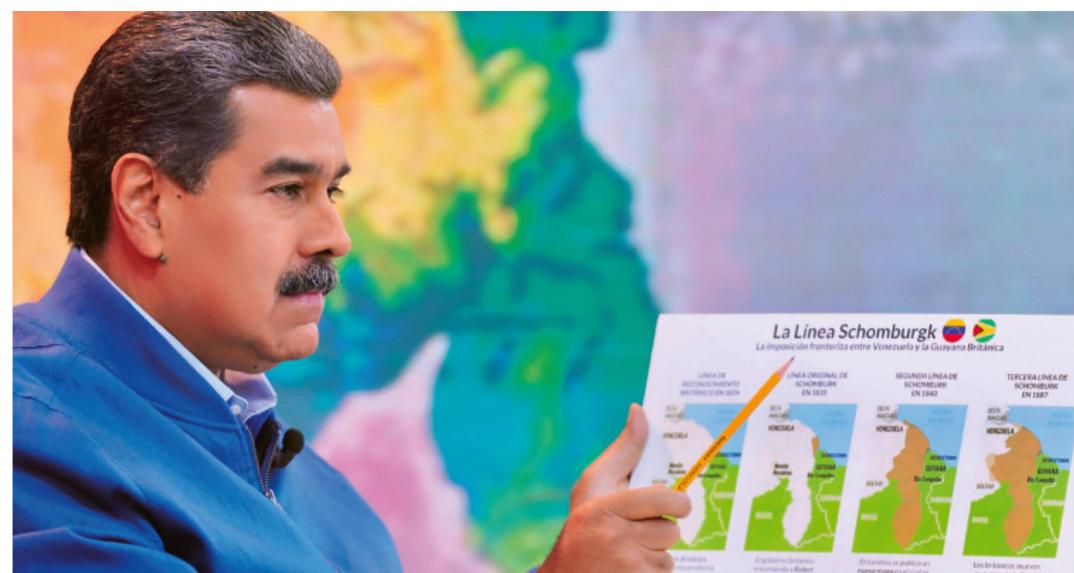
VENEZUELA-GUYANA

Schwellender Konflikt

In den letzten Monaten ist der Konflikt zwischen den benachbarten Ländern Venezuela und Guyana um die Region Essequibo wieder aufgeflammt. Konkret geht es um etwa 160 000 Quadratkilometer Land, das von der Regierung in Caracas beansprucht wird. Venezuela sperrt sich dabei gegen die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts von 1899, das das besagte Gebiet Guyana zuschrieb. Der Schiedsspruch erfolgte, nachdem die britische Kolonie Guyana die sogenannte Schomburgk-Linie als offizielle Westgrenze seines Territoriums deklarierte. Diese vom gleichnamigen Forscher Jahrzehnte früher angenommene Grenze zwischen Venezuela und dem damals noch der niederländischen Krone zugehörigen Gebiet führte dazu, dass beide Länder ihre diplomatischen Verbindungen kappten. Essequibo, das mehr als zwei Drittel von Guyanas Territorium ausmacht und etwa 125 000 seiner 800 000 Bürger beherbergt, geriet ab 2015 wieder in

den Fokus Venezuelas: Vor der Küste wurden immense Öl- und Gasvorkommen entdeckt. Eine Vermittlung entschärfte die Spannungen, der jahrhundertealte Streit blieb indes ungelöst. Im September 2023 eskalierten dann die Spannungen, als Guyana Explorationsrechte für die Gasförderung in Gebieten verkaufte, die von Venezuela beansprucht wurden. Darauf organisierte die Regierung Maduro im Dezember ein Referendum, um ihre Ansprüche auf Essequibo zu erneuern. Unterdessen bestätigte die venezolanische Regierung, staatliche Unternehmen könnten mit der Förderung von Öl, Gas und weiteren Rohstoffen beginnen. Landkarten wurden neu gezeichnet und Präsident Maduro verkündete eine dreimonatige Frist für ausländische Unternehmen, ihre Aktivitäten im umstrittenen Gebiet einzustellen. Brasilien als der grösste militärische Akteur in der Region beobachtet die Situation scharf und rief zur Besonnenheit auf. Präsident Luiz Inacio Lula da Silva hat sich als Vermittler für den Frieden eingesetzt und sich entschlossen gezeigt, den aktuellen verbalen Schlagabtausch über die umstrittene Region nicht eskalieren zu lassen. Er

forderte beide Parteien auf, eine nach einem Treffen um Weihnachten zwischen Maduro und dem Präsidenten von Guyana, Irfaan Ali, in Saint Vincent und den Grenadinen getroffene Vereinbarung zu respektieren und sich einer friedlichen Lösung zu verpflichten. An dem Treffen nahmen auch Regierungsvertreter aus der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Celac) und der Karibischen Gemeinschaft (Caricom) teil. Die Angelegenheit liegt deshalb derzeit beim Internationalen Gerichtshof, doch eine endgültige Entscheidung könnte Jahre dauern. Bis es so weit ist, bleibt das Gebiet Spielball geopolitischer Interessen. Denn nachdem das Vereinigte Königreich zum Jahreswechsel die HMS Trent als Unterstützung und zwecks gemeinsamen Seemanövern nach Guyana entsandte, ordnete Venezuela «defensive» Militärübungen an. Über 5600 Soldaten werden daran teilnehmen. Präsident Maduro bezeichnete die Schiffssentierung als «eine militärische Bedrohung aus London» und aktivierte als Reaktion seine Nationalarmee, um damit vor der Küste von Essequibo Präsenz zu markieren. *pk*



Venezuelas Präsident Maduro zeigt seine Karte.

Bild: Presidential Press Venezuela